

Kanzelrede

Seit Jahren schon ergreifen prominente Rednerinnen und Redner das Wort von der Kanzel in der Erlöser-Kirche, München-Schwabing. Dabei sollen die Vortragenden in ihrer Kanzelrede einen kräftigen rhetorischen Akzent setzen und Bezug nehmen auf unser gegenwärtiges geistiges, politisches und kulturelles Klima im Land.

Am Sonntag, den 24. Oktober 2010, hielt Professor Heribert Prantl, Leiter der innenpolitischen Redaktion der Süddeutschen Zeitung, die Kanzelrede in der Erlöser-Kirche München-Schwabing. Gespannt verfolgten etwa 600 Besucher sein Plädoyer für eine lebenswertere, tolerantere Gesellschaft. Lesen Sie nachfolgend einen Auszug aus seinem Vortrag:

Heribert Prantl:

Verantwortung vor Gott und den Menschen - In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Liebe Kirchengemeinde - unser Grundgesetz beginnt mit dem Satz „Im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Der Satz ist mir in den vergangenen Wochen, in der erbitterten Debatte über Zuwanderung und Integration, in den Sinn gekommen. Und ich habe mich dann gefragt, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben wollen. Für wen soll unsere Gesellschaft Heimat sein? „Im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen“ kann man nicht neue Kreuzzüge führen, darf man nicht Gott gegen Allah ausspielen, muss man nach den Gemeinsamkeiten suchen, nicht nur nach den Unterschieden. Dieser Verantwortung ist die politische Diskussion in den vergangenen Wochen nicht gerecht geworden.

Verantworten heißt antworten

Etwas verantworten bedeutet, der Gesellschaft Rechenschaft abzulegen für sein Tun, ihr eine Antwort zu geben: Eine Lehrerin muss sich fragen lassen, ob sie denn nicht bemerkt hat, dass der sonst so lebhafteste Junge auf einmal apathisch herumsaß. Der Innenminister muss eine Antwort darauf geben, warum Neonazis ungehindert durch die City ziehen und Ausländer verprügeln konnten. Die Bundeskanzlerin muss eine Antwort finden darauf, warum zur Sanierung der Banken Milliarden da sind, aber nicht für die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze. Herr Middelhoff und Frau Schickedanz müssen sich fragen lassen, warum sie einen Konzern in den Ruin und Tausende von Quelle-Mitarbeitern in die Arbeitslosigkeit gestürzt haben. Bei alledem geht es um Verantwortung. Verantworten heißt: sich von Dritten zur Rechenschaft

ziehen zu lassen. Verantwortlich entscheiden heißt, die Motive, Bedingungen und Folgen unterschiedlicher Handlungsalternativen in Betracht zu ziehen und gegeneinander abzuwägen. Manchmal geht das kaum, weil die Umstände und der Zeitdruck das nicht zulassen. Aber: Als Prinzip taugt einsames Entscheiden nicht. Verantwortlichkeit braucht „moralische Sensibilität und sittliche Urteilskraft, Phantasie, analytische Fähigkeiten, Diagnosevermögen und die Fähigkeit, Kritik zu ertragen und sich mit ihr produktiv auseinanderzusetzen“ (so sagt es der Soziologe Franz-Xaver Kaufmann).

Was stellen wir fest, wenn wir die Eliten unseres Landes an diesem Tugendkatalog messen? *Moralische Sensibilität*? Da fällt uns der Vorstandschef der deutschen Post AG ein, der sein Geld ins Ausland schafft. *Sittliche Urteilskraft*? Da fällt uns der Chef der Deutschen Bank ein, der in der Gerichtsverhandlung wegen Untreue seine zum Viktory-Zeichen gespreizten Finger in die Kameras hält? *Phantasie*? Da fallen uns die Großmanager ein, die die eigenen Gehälter und Prämien äußerst phantasievoll mehren, aber keine Arbeitsplätze erhalten können. *Diagnosevermögen*? Da fällt uns eine Politik ein, die in Zeiten ungeheuerlicher Verschuldung auf Steuersenkungen sinnt. *Fähigkeit, Kritik zu ertragen und sich mit ihr produktiv auseinandersetzen*? Da können wir fast alle einmal über uns selber nachdenken. Ich stelle fest: Der Tugendkatalog der Verantwortung und der Verantwortlichkeit ist ein Katalog zur persönlichen und gesellschaftlichen Gewissenserforschung. Verantwortung heißt auch immer: Fehler bei sich suchen, und nicht nur bei anderen. Auch Schuldeingeständnisse können Vertrauen stiften.

Integration ist das Gegenteil von Ausgrenzung

In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben? In einer Gesellschaft, die in Alt- und Neubürger zerfällt, und in der die einen nichts mit den anderen zu tun haben wollen?

Wie wäre es mit einer Gesellschaft, die Heimat sein kann für alle Menschen, die in ihr leben? Wie wäre es mit einer Gesellschaft, die sich darauf besinnt, was Demokratie ist – eine Gesellschaft, die ihre Zukunft *miteinander* gestaltet. Damit verträgt es sich nicht, wenn die Arbeit ihren Wert verliert. Damit verträgt es sich nicht, wenn immer mehr Menschen ausgegrenzt werden: Arbeitslose, sozial Schwache, Ausländer, Flüchtlinge, Einwanderer. Die Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie brauchen, um Bürgerin und Bürger sein zu können, Ausbildung und Auskommen, sie brauchen eine leidlich gesicherte Existenz, sie müssen frei sein können von Angst. Das gilt für die Alt- und für die Neubürger, das gilt für Deutsche und Zuwanderer. Ein Patriot ist der, der dafür sorgt, dass Deutschland Heimat bleibt für alle Altbürger und Heimat wird für alle Neubürger. Das nennt man Integration und das ist das Gegenteil von Ausgrenzung.

Leitkultur in Deutschland sollte eine Kultur des Zusammenlebens sein: Sie heißt Demokratie. Sie heißt Rechtsstaat. Sie heißt Grundrechte. Diese Leitkultur fordert viel, sie fordert nicht nur Toleranz, sondern Respekt von den Alt- und den Neubürgern. Zum Respekt vor dem anderen gehört es, ihm nicht seine Religion, seine Kleidung, seine Lebensgewohnheiten weg zu nehmen. Respekt vor dem anderen setzt aber voraus, dass der andere die heiligen Bücher, wie immer sie heißen, nicht über oder gegen die Grund- und Menschenrechte stellt. Das ist die Gefahr, die im religiösen Fundamentalismus steckt: Dass sie Heilige und Propheten irgendwo herholt und über den Menschen setzt. Es gibt in dieser Welt keinen höheren Wert als den Menschen. Wer sich hier anmaßt, unter Berufung auf eine Religion oder einen Propheten, dem einen Menschen einen Wert zuzusprechen und den anderen Menschen zu verachten – dann müssen wir dagegen antreten und streiten. Auch das gehört zu unserer Verantwortung.

Der Sozialstaat korrigiert das launische Schicksal

Es gibt hierzulande viele Menschen, die (weil sie Ausländer sind, weil sie keinen Schulabschluss und keine Ausbildung haben) in unserer Gesellschaft gar nicht erst ins Spiel gekommen sind; und es gibt solche, die durch bestimmte Umstände aus dem Spiel geflogen sind.

Es ist schlicht so: Das Leben beginnt ungerecht und es endet ungerecht, und dazwischen ist es nicht viel besser. Der eine wird mit dem silbernen Löffel im Mund geboren, der andere in der Gosse. Der eine zieht bei der Lotterie der Natur das große Los, der andere die Niete. Der eine erbt Talent und Durchsetzungskraft, der andere Aids und Antriebsschwäche. Der eine hat eine Mutter, die ihn liebt, der andere einen Vater, der ihn hasst. Der eine kriegt einen klugen Kopf, der andere ein schwaches Herz. Die eine wächst auf mit Büchern, der andere mit Drogen. Der eine kommt in eine Schule, die ihn stark, der andere in eine, die ihn kaputt macht.

Die bessere Disposition, die gesünderen Gene, hat sich niemand erarbeitet, die bessere Familie auch nicht. Das Schicksal hat sie ihm zugeteilt. Es teilt ungerecht aus und es gleicht die Ungerechtigkeiten nicht immer aus. Hier hat der Sozialstaat, hier hat eine fürsorgliche Gesellschaft ihre Aufgaben. Sie sorgen dafür, dass der Mensch reale, nicht nur formale Chancen hat. Der Sozialstaat ist, mit Maß und Ziel, Schicksalskorrektor. Er erschöpft sich also nicht in der Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen.

Armut gefährdet die Demokratie

Deutschland ist fürwahr kein armes Land, aber es gibt immer mehr Armut in Deutschland. Da ist der arbeitslose Akademiker; da ist der Gelegenheitsarbeiter oder der wegrationalisierte Facharbeiter oder die alleinerziehende Mutter, die den Sprung ins Berufsleben nicht mehr schafft; da sind die schon immer zu kurz gekommenen am Rand der Gesellschaft; da ist der Diplomingenieur, dem bescheinigt wurde, zu alt zu sein und der nun als Langzeitarbeitsloser auf die Armutsgrenze zurückgefallen ist; da ist die Supermarkt-Kassiererin auf Stundenbasis; da der überflüssig gewordene Bankangestellte, der sein Haus verloren hat und nun vom Arbeitslosengeld II lebt; da sind die Einwandererkinder, die nicht aus ihrem Ghetto herauskommen.

Diese relativ Armen haben wenig gemeinsam, Armut ist nicht mehr milieubildend. Es ist zu befürchten, dass sich eine destruktive Energie entfaltet - weil nämlich Demokratie nicht mehr gut funktionieren kann, wenn ein immer größerer Teil der Gesellschaft nicht mehr dabei mitmacht. Der vormalige Generalbundesanwalt Kay Nehm hat deswegen kurz vor dem Ende seiner Amtszeit vor einem „Auseinanderdriften der Gesellschaft“ gewarnt, das den inneren Frieden gefährden könnte. So ist es: Es gibt eine Rutsche in die Armut, genannt Hartz IV, und es gibt eine gewaltige Angst davor, dass man sich auf einmal selbst darauf befinden könnte.

„Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ – so steht es in der Präambel der schweizerischen Verfassung von 1999. Das ist ein mutiger Satz, weil die Stärke eines Volkes gern an ganz anderen Faktoren bemessen wird. Die einen messen sie am Bruttosozialprodukt und am Exportüberschuss, die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Kaum jemand fordert den starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungleichheit zu beheben und etwas gegen die

Langzeitarbeitslosigkeit zu tun. Kaum jemand sagt „starker Staat“, wenn er die Verknüpfung von Sozial- und Bildungspolitik meint. Kaum jemand redet von der „Stärke eines Volkes“, wenn es darum geht, menschenwürdige Mindestlöhne durchzusetzen.

Ich bin der Meinung: Der starke Staat ist ein Staat, der für Chancengleichheit kämpft, der sich um das Wohl der Schwachen kümmert – und dabei allmählich lernt, dass die Schwachen gar nicht so schwach sind, wie man oft meint, und dann ihre Stärken zu schätzen lernt. Der Sozialstaat muss wieder der große Ermöglicher werden.

Soziale Gerechtigkeit

Kritiker verwechseln soziale Gerechtigkeit oft mit absurder Gleichmacherei. Das Übel, dass manche Leute ein schlechtes Leben führen, besteht aber nicht darin, dass andere Leute ein besseres Leben führen; das Übel liegt vor allem darin, dass schlechte Leben schlecht sind. Und das Gute ist, dass denjenigen geholfen werden kann, deren Leben schlecht ist. Wenn der Staat schon nicht dafür sorgen kann, dass alle Kinder in geordneten Verhältnissen geboren werden, dann muss er wenigstens dafür sorgen, dass sie sodann die Förderung erfahren, die sie brauchen! Soziale Gerechtigkeit kann nicht an den Markt delegiert werden. Der Markt versagt bei der Versorgung derjenigen, die nichts anzubieten haben und die nicht nachgefragt werden – weil sie krank, weil sie gebrechlich sind, weil das Schicksal sie aus der Bahn geworfen hat.

Ein Sozialstaat ist ein Staat, der gesellschaftliche Risiken, für die der einzelne nicht verantwortlich ist, nicht bei diesem ablädt. Er verteilt, weil es nicht immer Manna regnet, auch Belastungen. Aber dabei gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass die Menschen trotz Unterschieden in Rang, Talenten und Geldbeutel sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Der Sozialstaat ist der große Ermöglicher.

Wie steht es mit der Moral?

Wir alle sind Teil des Systems, das Demokratie heißt und dessen Zukunft davon abhängt, wie tief das Durchdenken und das Umdenken nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist. Politik und Gesellschaft dürfen daraus nicht so herauskommen, wie sie hineingegangen sind. Es geht um Läuterung, um Lebensdienlichkeit der Wirtschaft. Es geht um den Abschied von einer „Lebensweise auf Pump“. Stellen wir die Grundsatzfrage: Wie viel Moral braucht die Politik, wie viel Moral braucht die Wirtschaft? Für Moral gibt es, anders als für Sauerstoff, keine chemische Formel. Man weiß nicht einmal so genau was das ist, „Moral“. Mit dem Sauerstoff hat die Moral immerhin gemeinsam, dass sie nicht so richtig greifbar ist. Greifbar aber sind die Folgen, auch die wirtschaftlichen Folgen, von Unmoral.

Aber vielleicht muss man gar nicht nach Moral fragen. Es geht auch einfacher: Was der Sauerstoff für das menschliche, tierische und pflanzliche Leben ist, das ist für eine Gesellschaft die verantwortliche Grundhaltung der Menschen, die an wichtiger Stelle im öffentlichen Leben stehen. Haltung ist das, was einer Gesellschaft Halt gibt. Und Haltung macht Halt dort, wo wirtschaftliches und politisches Handeln der Gesellschaft schadet. Einer Politik, bei der der Zweck jedes Mittel heiligt, einer Wirtschaft, in der die Ökonomisierung alles und jeden erfasst, eine Gesellschaft, der nichts mehr heilig ist – in einer solchen Gesellschaft ist man in schlechter Gesellschaft. In einer guten Gesellschaft ist man dann,

wenn sich die Gesellschaft daran erinnert, was an der Spitze des Grundgesetzes steht – und danach zu handeln versucht: „In Verantwortung vor Gott und der Gesellschaft“.

Respekt vor dem Alter

Wie soll, wie muss diese Gesellschaft mit den alten Menschen umgehen? Bei Aldous Huxley, in seiner *Schönen Neuen Welt*, wird beschrieben, wie altgewordene Menschen in Kliniken entsorgt werden. Sie werden ‚abgeschaltet‘ wie alte, verrostete Maschinen. Kinder werden regelmäßig in diese Entorgungskliniken geführt und dort mit Schokolade gefüttert, damit sie sich an den Vorgang des Abschaltens gewöhnen und für sich akzeptieren lernen, dass das Leben technisch produziert und technisch beendet wird.

Haben wir diesen Weg schon eingeschlagen? Entspricht der Reproduktionsmedizin und der pränatalen Diagnostik, die am Beginn des Lebens sortiert, kontrolliert und entsorgt, die Mechanisierung des Todes am Ende des Lebens, die gleichfalls sortiert, kontrolliert und gegebenenfalls auch entsorgt? Schlägt so die allgegenwärtige Marktökonomie in das menschliche Leben zurück, indem sie es zunehmend als Produkt betrachtet, das der Kontrolle, der Überprüfung, der Herstellung und der Entsorgung bedarf?

Die Erklärung der bisweilen grausigen Zustände, die leider in viel zu vielen Alten- und Pflegeheime herrschen, gelingt nur einem Zynismus, der das Fesseln an Bett und Stuhl, Fixierung genannt, als Bestrafung der Alten dafür betrachtet, dass sie so lange leben. Solche organisierte Entwürdigung der Alten ist nicht die Regel, aber auch nicht die Ausnahme. Zwei von drei Altenpflegern würden es ablehnen, in dem Heim zu leben, in dem sie arbeiten.

Die Zuwendung, die die Politik neuerdings den Kindern zuteil werden lässt, wird den hilflosen Alten verweigert. Es ist ja richtig, dass Kinder „die Zukunft“ sind, und dass die Investition in ihre Betreuung auch eine Investition in gesellschaftliche und ökonomische Leistungsfähigkeit darstellt. Es ist aber auch richtig, dass die Missachtung des Anspruchs der Alten, würdevoll ihre letzten Lebensjahre zu verbringen, die Solidarität der Gesellschaft bröckeln lässt. Es geht so das Grundvertrauen verloren, gesellschaftliche Hilfe dann zu bekommen, wenn man ihrer bedarf. Dieses Grundvertrauen verschwindet auch bei denen, die ihren Lebtage lang selbst zum Gelingen des Ganzen beigetragen haben. Es macht sich Angst breit, Lebensangst – und die ist kein guter Boden für eine gedeihliche Zukunft.

Und das Positive?

Es gibt dieses Positive – nämlich Zehntausende sozialer und gesellschaftspolitischer Initiativen, die dort ansetzen, wo es der Staat nicht oder nicht mehr tut: Sie machen Kultur; sie finanzieren, was der Staat nicht mehr finanziert; sie kümmern sich, viel persönlicher, als dies die beste staatliche Jobagentur kann, um Ausbildungsplätze für Jugendliche; sie leisten Hausaufgabenhilfe für ausländische Kinder; sie begleiten türkische Eltern zur Klassenversammlung; sie fahren im Altersheim die alten Leute im Rollstuhl zum Gottesdienst, sie lesen vor, sie singen mit den alten Menschen. Und sie kriechen auch unter den Teppich, den Hartz IV über die neuen Armen der Gesellschaft gebreitet hat. Das ist nicht nur positiv, das ist wunderbar. Die Ehrenamtlichen, die Unbezahlbaren, sind die wahre Elite dieser Gesellschaft.

Ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement ist die Widerlegung des alten Bequemlichkeitssatzes, wonach man allein ohnehin nichts bewirken könne. Es geht um die

Wohlfahrt dieser Gesellschaft. Wohlfahrt ist das Ergebnis der Übernahme von Verantwortung
– der Verantwortung vor Gott und den Menschen.